

Vorwort

Franz Böckle

Jacques-Marie Pohier

Wertpräferenzen in Technik und Gesellschaft

Die Wachstumseuphorie hat mindestens seit der sogenannten Ölkrise einen Schock erlitten. Besonnene Leute haben schon wesentlich früher darauf hingewiesen, daß ein auch noch so erfinderischer Geist auf begrenztem Raum mit begrenzten Mitteln kein unbegrenztes Wachstum werde schaffen können. Darum sei es gut, sich rechtzeitig der Grenzen unserer Möglichkeiten bewußt zu werden. Angesichts der Spannung zwischen Massenkonsum und Massenarmut, zwischen industrieller Ballung und ökologischer Zerstörung müsse ein neues Verhältnis zwischen individuellen Interessen von einzelnen und Nationen einerseits und dem Gemeinwohl von Gesellschaft und Welt andererseits gefunden werden. Auch zwischen den Rechten der Gegenwart und denen der Zukunft sei ein Ausgleich zu suchen. Nach langer Zeit unbesorgten ständigen Wachstums müsse man vermehrt an den richtigen Einsatz der Mittel zur Entfaltung des Menschen denken. Die Qualität des menschlichen Lebens hänge ja nicht nur am materiellen Wachstum. *Lebensqualität* sei da vorhanden, wo die notwendigen und hinreichenden Bedingungen zur Entfaltung des Menschen in der richtigen Proportion gegeben seien. Aber, was heißt «Entfaltung des Menschen» und welches sind die notwendigen und hinreichenden Bedingungen dafür? Wann stehen sie in der richtigen Proportion?

Auf diese Fragen gibt es keine einheitliche Antwort. Zu unterschiedlich sind bereits in unserer Gesellschaft die Auffassungen über das, was Entfaltung des Menschen bedeutet. Und wenn die Lebensqualität durch internationale Kooperation weltweit gesichert werden soll, treten die unterschiedlichen Auffassungen noch krasser hervor. Was Lebensqualität inhaltlich besagt und fördert, läßt sich demnach kaum auf einen einheitlichen Nenner bringen. Diese Einsicht scheint denen recht zu geben, die den Begriff als wenig hilfreiche Leerformel, als ein Modewort aus der gesell-

schaftlichen und wirtschaftspolitischen Diskussion streichen möchten. Für eine Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie mangelt dem Begriff die notwendige Objektivität und Präzision. Zum *Leben* gehört die gesamte für den Menschen bedeutsame Wirklichkeit. Diese Lebensfülle als sinnerfüllte Existenz des einzelnen und seiner natürlichen und psychosozialen Umwelt ist definitorisch schwer zu fassen. *Qualität* im Zusammenhang mit dem Lebensvollzug meint aber gerade diese entfaltete und realisierte Selbstverwirklichung, das Finden der eigenen Identität in der Solidarität mit den vielen. (Das Gegenteil bedeutet Entfremdung.) Diese Selbstverwirklichung hat ihre unverzichtbaren materiellen Voraussetzungen und steht doch in einem eigenartig dialektischen Verhältnis dazu. Lebensqualität als «Maß» humanen Fortschritts ist daher eine schwer meßbare Größe. Sie ist nur greifbar in einigen ihrer Bedingungen.

Wenn dem Begriff die nötige Präzision für eine Wirtschaftstheorie mangelt, so hat er doch als modernes Leitwort der Gesellschaftspolitik rasch eine weite Verbreitung gefunden. Für den gesellschaftspolitischen Bereich markiert der Begriff der Lebensqualität ein *allgemeines Orientierungsziel* und bringt zugleich ein Unbehagen, eine *Kritik* zum Ausdruck, die sich gegen bisherige Methoden einer allzu technokratischen Zukunfts- und Fortschrittsplanung richtet. Bei allen Wertunterschieden, die die Zielvorstellung «Entfaltung des Menschen» zuläßt, ist die Stoßrichtung klar, in die das Programmwort «Lebensqualität» zielt. Lebensqualität meint auf jeden Fall, daß die Entfaltungsmöglichkeiten nicht nur für einzelne Gruppen und Nationen, sondern für alle Menschen in entsprechender Weise gegeben sein sollen, und daß wir nicht nur an uns denken dürfen, sondern auch die Lebensbedingungen künftiger Generationen mitbedenken müssen. Die Forderung nach Verbesserung der Lebensqualität will uns somit zur kritischen Prüfung unserer oft sehr partikularistischen Zielvorstellungen herausfordern. Wir sollten unsere Wertvorstellungen und unsere Beziehungen zur natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt überprüfen.

Bis zur Stunde gilt die Mehrung des Brutto-sozialprodukts als der klassische Indikator für den Wohlstand eines Volkes. Der sogenannte «Lebensstandard» einer Gruppe bemißt sich nach der verfügbaren Menge und Qualität materieller Güter und Dienstleistungen. Es ist aber inzwischen längst klar, daß mit einem ständig wachsenden Sozialprodukt und einer entsprechenden Verbesserung

der materiellen Lebenshaltung nur sehr wenig über das wirkliche Wohlbefinden, über die Lebensqualität im eben beschriebenen Sinn ausgesagt wird. Man bedenke bloß, daß z. B. die Arbeitszeitverkürzung, d. h. mehr Freiheit, sich kaum positiv auf das Sozialprodukt auswirkt. Demgegenüber schlagen die Umsätze bei Unfallreparaturen natürlich positiv zu Buch. Gleiches gilt in noch stärkerem Maß für die durch die Produktion verursachten Umweltschäden, solange sie den Produzenten vor Kosten bewahren. Wenn die Schädigung nichts kostet, vermag sie die Volkswirtschaft nicht zu belasten. So erweist sich nicht selten die Produktivitätserhöhung als Resultat nicht kalkulierter Sozialkosten. Ebenso finden die öffentlichen Güter und Dienste kaum eine adäquate Bewertung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Der traditionelle Indikator kann den Durchfluß des Wirtschaftssystems messen; für die Wohlfahrt der Gesellschaft ergibt er für sich allein kein hinreichendes Indiz. Freilich darf nun daraus allein auch noch nicht der Schluß gezogen werden, das wirtschaftliche Wachstum müsse im Interesse der Lebensqualität gestoppt werden. Es gibt plausible Gründe für eine Begrenzung des Wachstums. Einer der wichtigsten ist die Einsicht in die Grenzen der Rohstoffe und der Energie. Es ist aber auch ebenso einsichtig, daß man keine generelle Begrenzung fordern darf. Ein Null-Wachstum bei Entwicklungsvölkern zu fordern, wäre höchst ungerecht. Wir dürfen uns nicht zu falschen Alternativen treiben lassen. Qualität und Quantität, Befindlichkeit und materielle Grundlage schließen sich nicht aus. Das eine ist die Voraussetzung des andern. Ohne Sicherung der Arbeitsplätze – und dies fordert die Erschließung immer neuer Energiequellen durch neue Technologien – wäre die soziale Sicherheit als Voraussetzung eines friedlichen Zusammenlebens schnell gefährdet. Die materielle Versorgung ist noch keine Garantie für Lebensqualität, aber sie ist eine fundamentale Voraussetzung dafür, sie muß in der richtigen Proportion zum Ganzen stehen.

Um diese richtige Proportion dreht sich sozusagen alles. Das Gesamtziel ist klar: Es gilt für möglichst viele Menschen auf lange Zeit menschenwürdige Lebensbedingungen zu verwirklichen. Dazu hat man in den letzten Jahren eine Reihe von Modellen entwickelt. Durch ein System von Sozialindikatoren soll das Wachstum differenzierter und unter besserer Berücksichtigung der natürlichen wie der psychosozialen Umwelt erfaßt werden. Man spricht dementsprechend

von einem «qualitativen Wachstum» und unterscheidet die Faktoren der biologischen resp. der psychosozialen Umwelt. Die natürliche oder biologische Umwelt bildet das Milieu, das der Mensch benötigt, um überhaupt existieren zu können. Als einzelner wie als Art steht der Mensch unter den Bedingungen des ökologischen Systems. Er ist hineingebunden in den relativ geschlossenen Lebenszusammenhang von Organismen und unbelebter Materie (Öko-System). Durch unangemessene Eingriffe in das Öko-System ist das Leben heute ernsthaft bedroht, weil der Selbststabilisierung der Natur Grenzen gesetzt sind. Wenn wir diesen Bedingungen nicht die notwendige Beachtung schenken durch Rücksichtnahme auf das pflanzliche und das tierische Leben und durch eine den Bedingungen angepaßte Wirtschaft, so engen wir unseren Lebens- und Erholungsraum immer mehr ein (Lärm, Vergiftung von Luft und Wasser, Versiedlung der Landschaft usw.). Zur psychosozialen Umwelt zählt all das, was den sozialen psychologischen Bedürfnissen des Menschen Rechnung trägt. Damit er sich geborgen fühlt, braucht der Mensch ein bestimmtes Maß an Integration und überschaubare und sich selbst organisierende Gruppen. Er benötigt zwischenmenschliche Kontakte und verlangt nach Kooperation und Selbstbestimmung. Voraussetzung dazu sind entsprechende Institutionen und die Befähigung durch Bildung.

Verbesserung der Lebensqualität heißt dann im konkreten Bemühen, Verbesserung der genannten Voraussetzung. Dazu werden sie in Ober- und Unterziele gruppiert: *Erhaltung der biologischen Umwelt* mit den Zielen Reinerhaltung der Luft, des Wassers usw.; *Versorgung mit Wirtschaftsgütern* mit den Teilzielen Grundnahrungsmittel, Transportwesen usw. oder *Verbesserung der sozialen Beziehungen* wieder mit den Partialaspekten Nachbarschaft, Jugendzentren, Altenbegegnung usw. Durch all das soll mehr Selbstbestimmung, mehr Partizipation und Solidarität erreicht werden. Ob und wieweit diese Voraussetzungen in einer konkreten Gesellschaft bereits erreicht sind, das soll durch eine Reihe von Sozialindikatoren getestet werden. So versucht man über die Zahl der Frühchen oder der Scheidungen das emanzipatorische Element zu prüfen; oder die Zahl der Telefonanschlüsse pro Kopf der Bevölkerung soll einen Hinweis erlauben auf vorhandene Kommunikationsmöglichkeiten, und die Zahl der Studenten gilt als Indiz für die Bildungschancen. Was aber besagt die Emanzipation der Eltern für die Lebens-

qualität dieser Scheidungswaisen? Was die Zahl der Telefonapparate über die wirkliche Kommunikation und Solidarität einer Gesellschaft? Hier zeigen sich deutlich die Grenzen der Wohlfahrtsökonomie. Die Statistik verlangt quantifizierbare Größen und dies führt unweigerlich zu höchst fragwürdigen Bewertungen. Überdies muß ein solches rechnerisches Modell notgedrungen die Frage ausklammern, wie sich das Bewußtsein und das Bedürfnis für bessere Lebensqualität überhaupt entwickeln läßt. Teilweise haben wir es auch mit konkurrierenden Bedürfnissen zu tun, die entsprechend ihrer Wichtigkeit unterschieden und damit einer Präferenzordnung unterworfen werden müssen. Woher sollen diese Präferenzen bestimmt werden? Hier bedarf die Sozialpolitik notwendig der *Sozialethik*.

Dieser Beitrag der Ethik hat nicht den Sinn, mit moralischen Appellen an den «Mann auf der Straße» zu gelangen. Abgesehen davon, daß individuelle ethische Ermahnungen wie «Spare Energie!», «Verschone die Umwelt vor Lärm!», «Verschmutze nicht das Wasser!» zur Bewältigung von Krisensituationen bestenfalls symbolischen Charakter haben, gehört die Propagierung solcher Imperative gar nicht zum Aufgabenbereich der Ethik. Die ethischen Überlegungen richten sich vor allem auf drei Bereiche: In Zusammenarbeit mit den Sozialwissenschaften müssen die strukturellen Zusammenhänge geklärt und Motivationen geprüft werden. Die Operationsziele müssen differenziert und die Wertprioritäten begründet werden. Schließlich sind die Methoden kritisch zu bewerten.

Hinsichtlich der Motivationen im Verhältnis des Menschen zur Natur sind in jüngster Zeit grobe Vorwürfe an die Adresse des Christentums und der Kirche laut geworden. C. Amery spricht von den «gnadenlosen Folgen des Christentums». Die Zerstörung der Umwelt durch die technologische Zivilisation des Abendlandes liegt nach ihm ganz in der Konsequenz der jüdisch-christlichen Tradition. Aus dem Schöpfungsbericht (Genesis 1, 26–28) wird eine totale Herrschaft des Menschen über die Schöpfung herausgelesen. Dieser Herrschaftsauftrag soll durch eine Reihe geschichtlicher Zwischenschritte (mönchische Ethik, Calvinismus, neukatholische Leistungsmoral) bis zur ausbeutenden Praxis der Gegenwart vermittelt worden sein. Amery greift damit die Vorwürfe auf, die bereits der amerikanische Historiker L. White jun. sowie der Theologe J. B. Cobb erhoben haben. Es ist wohl unbestritten, daß der

biblische Schöpfungsglaube entscheidend zur Entzauberung des Kosmos und zur Entgöttlichung dieser Welt beigetragen hat. «Im Lichte der biblischen Botschaft ist die Welt nicht das hoheitsvoll Umgreifende, in dessen prästabilierte Ordnungen der Mensch eingeschlossen ist, sondern sie ist das dem Menschen Zuhandene, gleichsam das Material seiner geschichtlichen Menschwerdung vor Gott und vor dessen huldvoller Zuwendung in Jesus Christus» (J. B. Metz 1965). Diese Entzauberung der Welt hat geschichtlich ohne Zweifel das technische Denken vorbereitet; aber die ausbeuterischen Tendenzen durch eine gnadenlose Naturbeherrschung liegen weder auf der Linie der alttestamentlichen Priesterschrift noch im Kontext der neutestamentlichen Verheißung, die der Schöpfung zugesprochen ist (Römer 8). Aber die plötzlich an die Adresse des Christentums erhobenen Vorwürfe sind Grund genug, daß wir gerade als Christen unser Verhältnis zur Natur überdenken und in die Hierarchie der Werte einbringen.

Das globale Ziel der Verwirklichung menschenwürdiger Lebensbedingungen für möglichst viele findet in dieser abstrakten Form sicher eine breite Zustimmung. Das umfassende Ziel kann aber nur in Teilschritten angegangen werden. Dafür müssen die Wertprämissen geklärt und Präferenzregeln für die Dringlichkeit der Teilziele gesucht werden. Bei möglichen Alternativen in der Strategie zur Erreichung eines anerkannten Zieles kann der Entscheid nicht nur von der errechneten Effizienz allein abhängen, die anerkannten Wertprämissen sind mit zu Rate zu ziehen.

Das vorliegende Heft über Wertpräferenzen in Technik und Gesellschaft soll gerade diesen Auftrag der Ethik verdeutlichen und weiterbringen. Der grundlegende Artikel von *E. Mc Donagh* versucht die Zusammenhänge der sittlichen Beurteilung sozialpolitischer Probleme zu klären. Er will zeigen, von welchen Grundlagen aus eine Bewertung überhaupt möglich ist. Daraufhin werden aktuelle Fragen im Sinne von Beispielen behandelt, an denen konkurrierende Werte dargestellt und Präferenzen vorgeschlagen werden. *J. Nash* greift das heute am meisten mit Emotionen geladene Thema der Umweltverschmutzung auf und versucht eine Antwort nicht nur unter sachbedingten Kriterien, sondern auch unter Berücksichtigung der Stellung des Christen in der Welt. *H. Zwiefelhofer* entwickelt ein sehr konkretes und differenziertes Präferenzsystem für eine globale Steuerung im Bereich der Grundstoffpolitik. *P. Cosmao* nimmt die Überlegungen der Weltbe-

völkerungskonferenz von Bukarest zum Anlaß, um die Frage zu prüfen, welcher Stellenwert der Bevölkerungspolitik im Rahmen der Entwicklungspolitik zufällt. Die bevölkerungspolitische Diskussion über notwendige Wachstumsbeschränkungen wird im allgemeinen viel zu sehr unter quantitativen Gesichtspunkten geführt. Das hängt damit zusammen, daß aus der Bevölkerungswissenschaft unmittelbar bevölkerungspolitische Postulate abgeleitet werden. Köpfe sind am einfachsten zu zählen, und von da her liegt es nahe, auch die Bevölkerungspolitik lediglich unter dem Aspekt der Kopfzahl, als quantitatives Problem zu konzipieren. Die Einfachheit und Klarheit der demographischen Sachverhalte führt leicht zur Illusion, «man könne auf diesem Gebiet raschere und durchgreifendere Erfolge erreichen als auf dem schwierigen und komplexen Gebiet der sozioökonomischen Zusammenhänge» (F. X. Kaufmann). Bukarest hat gegenüber solchen Tendenzen recht deutlich klar gemacht, daß eine umfassende Entwicklungspolitik die beste Bevölkerungspolitik darstellt. Die Entwicklungspolitik kann sich nicht mit einer Entscheidung zwischen Bevölkerungswachstum, Null-Wachstum oder Bevölkerungsrückgang zufrieden geben, sie verlangt vielmehr eine umfassende Berücksichtigung aller Faktoren, zu denen auch die Beeinflussung des generativen Verhaltens gehört. Eng damit verbunden ist die Frage der Präferenzen in der Gesundheitspolitik. Die Fortschritte der Medizin ermöglichen heute, tödliche Prozesse aufzuhalten und durch Organtransplantation oder Heimdialyse das Leben von bisher hoffnungslos Kranken zu erhalten. Im Zusammenhang damit wird immer wieder die Frage diskutiert, ob sich die enormen Kosten des Staates sowie der Krankenversicherungen rechtfertigen lassen für Behandlungen, die nur relativ wenigen zugute kommen. Angesichts der Tatsache, daß täglich Tausende an Hunger sterben, wird provozierend gefragt, ob wir nicht zuerst den Kampf ums nackte Überleben der Mensch-

heit führen müßten, ehe wir den Kampf um die Lebensverlängerung einzelner Individuen um jeden Preis betreiben. Die Frage ist in dieser Form besonders publikumswirksam, aber sie entpuppt sich sehr schnell als falsch gestellte Alternative. Hier werden Abhängigkeiten vorausgesetzt, die es in dieser Konstellation kaum gibt. Zudem müssen wir daran festhalten, daß da, wo das Leben eines Menschen unmittelbar bedroht ist und eine konkrete Möglichkeit zur Hilfe besteht, diese Hilfe auch geleistet werden muß. Anders stellt sich die Frage bei der nationalen Gesundheitsplanung: Soll der Forschungseinsatz konzentriert werden auf die Bekämpfung seltener, lebensgefährdender Krankheiten, oder sollen die Bemühungen und die verfügbaren Mittel stärker eingesetzt werden zur perfekteren Beherrschung alltäglicher Schäden, die zwar das Leben nicht bedrohen, aber das optimale Funktionieren stören und so die Lebensqualität vieler beeinträchtigen. Mit dieser Frage der Verteilung der Mittel im Gesundheitswesen beschäftigt sich der Beitrag von *André Hellegers*. Und schließlich fügen wir diesem praktischen Teil unseres Heftes noch einen Bericht und eine Dokumentation über die Verbesserung der Lebensqualität im Bereich der industriellen Arbeitsbedingungen bei. Den Abschluß der Nummer bilden zwei Artikel, die auf die besondere Verantwortung der Christen hinweisen. *J. B. Metz* gibt in einem auf-rüttelnden Bekenntnistext Zeugnis von der Hoffnung, die uns bewegt. Diese unsere Hoffnung widersteht der Utopie einer leidlosen Welt, sie glaubt nicht an die totale Machbarkeit, sie befreit auch nicht aus Ängsten, aber sie gibt Mut, trotzdem ohne Resignation zu leben. *W. Kerber* schließlich zeigt, welche Möglichkeiten zur Wertvermittlung sowie zur sittlichen Motivierung innerhalb unserer Gesellschaft gerade der Kirche offenstehen würden, wenn sie sich nur nicht oft selbst im Wege stände. Die Orientierung an ihrem heilgeschichtlichen Auftrag müßte ihr Mut machen, an ihre eigene Sendung immer neu zu glauben.